

Boom bei Öl- und Gasheizungen – So sieht die deutsche Wärmewende wirklich aus

Welt, 19.02.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus250156424/Heizungsgesetz-Rekordabsatz-bei-Gasheizungen-Oelgeraete-doppelt-so-stark-gefragt.html>

Ihrem Ziel, die Wärmepumpe zur Standardheizung zu machen, kommt die Bundesregierung nicht näher. Die Heizungsabsatzzahlen für 2023, die WELT exklusiv vorliegen, zeigen: Öl- und Gasheizungen bleiben Bestseller und legen sogar noch zu. Die Entwicklung bei der Wärmepumpe enttäuscht.

Ausgerechnet in der Amtszeit eines grünen Wirtschafts- und Klimaschutzministers legt die ökologische Wärmewende den Rückwärtsgang ein. WELT liegen exklusiv die Absatzzahlen der deutschen Heizungsindustrie für 2023 vor.

Besonders auffällig in den Daten des Branchenverbandes BDH: Nach einem Rückgang im Jahre 2022 hat der Absatz von Gasheizungen im vergangenen Jahr wieder stark zugelegt auf einen Rekordwert von 790.500 verkauften Kesseln – ein Plus von 32 Prozent. Der Absatz der bei Klimaschützern besonders verpönten Ölheizung verdoppelte sich sogar gegenüber dem Vorjahr auf 112.500.

Die Bilanz weist auf eine tiefgreifende Verunsicherung der Verbraucher hin, ausgelöst durch Ukraine-Krieg, Inflation, Gebäudeenergiegesetz und Förderchaos. Die Kunden griffen im vergangenen Jahr nach der bewährten Technik: Noch 2022 hatten sie zu 66 Prozent Heizungen nachgefragt, die Erdgas oder Heizöl verbrennen. Doch 2023 waren es sogar 70 Prozent der verkauften Wärmeerzeuger, die weitestgehend mit fossilen Energien betrieben werden. Die politisch gepushte Wärmepumpe legte zwar einen deutlichen Absatzsprung um 51 Prozent auf 356.000 Stück hin.

Doch das bleibt noch weit hinter der planwirtschaftlichen Vorgabe der Bundesregierung von 500.000 Verkäufen pro Jahr zurück. Und es dürfte sich überdies um einen einsamen Spitzenwert handeln: Für dieses Jahr zeichnet sich bereits wieder ein deutlicher Einbruch der Wärmepumpen-Verkäufe ab.

Immerhin kam die Modernisierung im Heizungskeller im vergangenen Jahr deutlich voran: Die Zahl der verkauften Wärmeerzeuger hat sich im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt insgesamt nahezu verdoppelt auf 1,3 Millionen Geräte. Der Ersatz der veralteten Kessel trägt bereits viel zum Klimaschutz bei. Nach Berechnungen des Instituts für Technische Gebäudeausrüstung Dresden im Auftrag des BDH spart allein der Heizungstausch des vergangenen Jahres im Gebäudebestand rund drei Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr ein.

Damit hat die Heizungsindustrie ihr klimapolitisches Soll im vergangenen Jahr eigentlich schon erreicht. Denn laut Klimaschutzgesetz (KSG) soll der Gebäudesektor seine Emissionen von 118 Millionen Tonnen CO₂ im Jahre 2020 auf 67 Millionen Tonnen bis 2030 nahezu halbieren. Das erfordert in diesem Zehnjahres-Zeitraum rechnerisch eine CO₂-Minderung von rund fünf Millionen Tonnen pro Jahr. Mit drei Millionen Tonnen haben die Heizungsbauer den Löwenanteil 2023 geliefert,

jetzt müssten noch die Bereiche Gebäudedämmung und grüne Energieträger ihr Scherflein beitragen, und die Planvorgabe wäre in Reichweite.

Realistisch sind diese Erwartungen aus mehreren Gründen jedoch nicht: Die Sanierungsrate im Gebäudesektor kommt weiter nicht voran. Sie dümpelt bei 0,7 Prozent pro Jahr, obwohl sie bei zwei Prozent liegen müsste, um den Gebäudebestand in der gesetzten Frist klimaneutral zu machen.

Der Neubau liegt am Boden – ironischerweise auch wegen der teuren Klimaschutzauflagen. Darunter leiden auch die weiteren Absatzchancen für Wärmepumpen und Systemkomponenten, die gerade im Neubau ihre Vorteile hätten ausspielen können. Schließlich wollen viele Immobilienbesitzer wohl auch abwarten, welche Perspektiven die kommunale Wärmeplanung eröffnet, die laut Gesetz bis Ende 2026 in den großen und bis Ende 2028 in den kleinen Städten und Gemeinden abgeschlossen sein muss.

Ihrem Ziel, die Wärmepumpe zur Standardheizung in Deutschland zu machen, dürfte die Bundesregierung in diesem Jahr deshalb nicht näherkommen, glaubt Markus Staudt, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie (BDH). „Wir rechnen in diesem Jahr mit einem Absatz auf dem Niveau von 2022.“ Das aber wäre nur knapp die Hälfte des politisch gewünschten Zubaus.

Das installierende Handwerk hält selbst das für eine optimistische Annahme. „Dafür müsste im zweiten Quartal noch einiges passieren“, sagt Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes Sanitär, Heizung, Klima (ZVSHK): „Die Verunsicherung im Markt ist massiv.“

Viele Handwerksbetriebe arbeiteten jetzt erst einmal ihre Auftragsbestände ab. Das spricht gegen allzu viele neue Bestellungen bei der Industrie. Die Zahl der Förderanträge für den Einbau von Wärmepumpen gehe bei der Bafa deutlich zurück, und das spürten die Installateure bereits, sagt Bramann: „Der Auftragsbestand unserer Betriebe ist von 17,4 Wochen im vergangenen Jahr inzwischen auf 13,5 Wochen gefallen.“

Das schlage bereits auf die Stimmung in den Unternehmen durch, wie eine brancheninterne Umfrage zeige: „Unsere Mitglieder bewerten nicht nur die Aussichten im Heizungsgeschäft negativ, sondern erstmals zeitgleich auch im Sanitärgeschäft, das gab es noch nie.“ Als belastend werden insbesondere die neuen bürokratischen Vorgaben zur Wärmewende empfunden, so der ZVSHK-Chef: „Die gesetzlich eingeführte Beratungspflicht beim Einbau einer neuen Heizung frisst mehr Zeit als gedacht.“

Der Anteil erneuerbarer Energien im Wärmemarkt lag nach Angaben des Umweltbundesamtes zuletzt bei rund 18 Prozent. Mehr als vier Fünftel davon lieferte der Energieträger Holz. Doch nach den neuen Absatzzahlen des BDH ist hier ein Rückschlag zu verzeichnen: Die Verkäufe von Pellet-Heizungen brachen im vergangenen Jahr um 57 Prozent auf nur noch 28.000 Stück ein. Hoch zweistellig auch die Rückgänge bei Hackschnitzel- und Kombikesseln. „Die Förderkürzung für feste Biomasse vom August 2022 hat diesen Sektor massiv getroffen“, sagt BDH-Chef Staudt.

Nachdem das „Gebäudeenergiegesetz“ (GEG) des Bundeswirtschaftsministeriums im vergangenen Jahr für maximale Verwirrung unter den Verbrauchern gesorgt hatte, machen neue regulatorische Vorgaben der Bundesregierung das Leben nicht unbedingt leichter.

So war bislang für Förderanträge im Gebäudebereich hauptsächlich das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) zuständig. Jetzt nimmt die staatliche Bank KfW Förderanträge für den Heizungstausch entgegen, freilich erst ab Ende Februar. „Wer eine Ölheizung gegen eine Wärmepumpe mit Pufferspeicher tauschen will, hat künftig zwei Anlaufstellen mit unterschiedlichen Verfahren“, kritisiert Handwerks-Sprecher Bramann.

Damit nicht genug: Förderbescheide gibt es ab August nur noch, wenn der schriftliche Vertrag mit einem Fachhandwerker vorliegt. Da sich Preis- und Lieferfähigkeit jedoch schnell ändern, müssten Handwerker ihre Angebote jetzt immer mit einem Vorbehalt versehen: „Wenn der Förderbescheid in zwei Wochen nicht da ist, gilt der Auftrag nicht mehr.“ Liefere die Behörde nicht schnell genug, müssten Heizungskäufer dann zwei- oder dreimal neue Vertragsabschlüsse machen und Anträge stellen.

„Wir geraten in einen bürokratischen Hexenkessel“, schwant es Bramann: „Aber wir sind schon wieder in der typischen Situation, dass man uns erst zuhört, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.“

Aufklärung für die Verbraucher gebe es von Seiten der Bundesregierung kaum, sagt der Handwerks-Chef: „Die vom Bundeswirtschaftsministerium angekündigte große Informationskampagne ist gelandet wie ein Bettvorleger.“ Für die Branche der Heizungsbauer um Marktführer wie Viessmann, Vaillant oder Bosch Home Comfort sind die Folgen misslich.

Sie hatte schließlich Milliarden in den Bau neuer Fabriken für Wärmepumpen investiert. Doch die grüne Transformation macht Pause, nicht nur in Deutschland. „Europaweit ist der Markt im Rückwärtsgang“, sagt BDH-Chef Staudt: „Das ist auch eine Folge der allgemeinen konjunkturellen Lage.“

Die Fundamentaldaten sprächen eher nicht dafür, dass sich die Mehrheit der Käufer schnell wieder vom fossilen Erdgas ab- und der strombetriebenen Wärmepumpe zuwenden wird. So verteuerte die Bundesregierung jüngst wieder Elektrizität, weil sie Zuschüsse von 5,5 Milliarden Euro zu den Netzentgelten nicht mehr stemmen konnte.

Nachdem auch noch das EEG-Konto zur Subventionierung von Ökostrom überzogen ist, wird sogar wieder die erneute Einführung einer EEG-Umlage diskutiert. „Der Strompreis liefert hier keinen Rückenwind“, sagt Staudt: „Erdgas hingegen ist mit Preisen um die acht Cent pro Kilowattstunde in den nächsten zwei Jahren wieder recht günstig.“

Wenn die Elektrifizierung des Wärmesektors mit Ökostrom an solchen Marktverhältnissen nicht scheitern solle, müsse die Bundesregierung mit der Industrie schnell über Abhilfe beraten, sagt BDH-Hauptgeschäftsführer Staudt.

Nachdem das Gebäudeenergiegesetz GEG und die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) nun feststehen, „brauchen wir Ruhe, um in die Umsetzung zu kommen“, sagte Staudt: „Von Seiten der Bundesregierung wäre eine weitreichende Informationskampagne hilfreich, die die gesamte Breite der zur Verfügung stehenden Lösungen umfasst.“